

# PRÄVENTIVKRIEG GEGEN IRAK NUR EINE ETAPPE AUF DEM WEG ZUR TOTALEN US-WELTHERRSCHAFT

*Rainer Rupp*

*„Die von den USA auf allen Gebieten angestrebte ‘full dominance’ über alle Länder und Allianzen der Welt setzt als wesentliche Bedingung die Kontrolle über die bedeutendsten Öl- und Gas-Lagerstätten der Welt voraus. Nur die Möglichkeit, diese wichtigsten Energieträger entweder selbst zu nutzen oder anderen zu verweigern, sichert der US-Regierung auf Dauer die Macht, dem Rest der Welt mit ökonomischem oder militärischem Druck die Bedingungen der neoliberalen Globalisierung aufzuzwingen.“  
behauptet der Autor und erläutert umfassend den Prozess der Diskussion und Strategiebildung, die „dem Entschluss zum Krieg“ in der US-Administration vorausgingen.*

## **Rainer Rupp**

Geboren: 21.9.1945 in Saarlouis. Diplom Volkswirt (1973: Prädikatsexamen Uni Bonn), heute: Freier Journalist, verheiratet seit 1972, 3 Kinder, Mitglied des Parteirats der PDS  
Auslandsaufenthalte:

- 1969 Student an der „Université Libre de Bruxelles“ (ULB)  
am „Institut des Etudes Européennes“
- 1973 Brüssel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für angewandte Ökonomie  
(Département de l’ULB pour l’Economie Appliquée)
- 1974 Assistent des Geschäftsführers der ersten Euro-Lobbying Gesellschaft in Brüssel,  
exklusiv für einige bedeutende internationale Konzerne
- 1976-1977 Abteilungsleiter (Director for Industrial Research) in einer Brüsseler  
Merchant Bank, spezialisiert auf britische Industriebeteiligungen in  
Kontinentaleuropa;
- 1977-1993 Senior Economist in der „Politischen Abteilung“ des NATO-Haupt-  
quartiers in Brüssel in Brüssel. Analysen für die politische Planung auf höchster  
Ebene. Entwurf von Dokumenten für verschiedene NATO-Ausschüsse, Berichten an  
die Außenminister der Allianz, Hintergründeinweisungen, Analysen und  
Einschätzungen. Zahlreiche Publikationen, Artikel in internationalen  
Fachzeitschriften; Redner bei vielen internationalen Veranstaltungen in Europa,  
Nordamerika und Asien
- 1968 Anwerbung durch die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für  
Staatsicherheit der DDR
- 1993 Verhaftung durch die Staatsschutzabteilung des BKA
- 1994 Verurteilung zu 12 Jahren Haft
- Juli 2000 Entlassung nach 7 Jahren Haft und Arbeit als freiberuflicher Journalist für „Neues  
Deutschland“, *junge Welt* und andere Zeitungen in Deutschland, Luxemburg, Öster-  
reich und der Schweiz.



Zwei Tage vor den Terroranschlägen des 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon in New York hatten die Angriffspläne der USA gegen das unbotsmäßige Taliban-Regime in Afghanistan bereits zur Unterschrift auf dem Schreibtisch des US-Präsidenten George W. Bush gelegen. Nach einem Bericht der amerikanischen Nachrichtensenders *MSNBC* war diese eindeutige Tatsache während der Arbeit der Untersuchungskommissionen des US-Kongresses im Mai und Juni letzten Jahres ans Tageslicht gekommen und nach vielen Windungen sah sich die Bush-Regierung gezwungen, dies schließlich zähneknirschend einzugestehen.<sup>1</sup>

Eine Stunde nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einer ersten Reaktion auf die Ereignisse seinem Stab im Pentagon die Order gegeben, vorrangig all jene Spuren zu sammeln, die irgendwie in Richtung Irak zeigten. Dies geht aus den kürzlich in der *New York Times* auszugsweise veröffentlichten persönlichen Aufzeichnungen eines engen Mitarbeiters des US-Verteidigungsministers und Falken Donald Rumsfeld hervor.

Sechs Tage nach den Terroranschlägen, also am 17. September 2001, hatte Pentagonchef Rumsfeld bereits den Befehl zur Planung des Krieges gegen Irak gegeben, wie die *Washington Post* Anfang dieses Jahres enthüllte.<sup>2</sup> Offensichtlich war man in der Bush-Regierung der Meinung, dass sich bis zur Finalisierung der Pläne eine Rechtfertigung für den Krieg gegen Irak schon finden lassen würde.

Die USA-Angriffspläne sowohl gegen Afghanistan als auch gegen Irak standen bereits lange vor den Terroranschlägen vom 11. September 2001 fest. Somit bedurfte die Bush-Regierung auch keiner Beweise für die Mitschuld des Taliban-Regimes, um den Feldzug gegen Afghanistan zu rechtfertigen. Gleiches gilt für Irak, der bereits lange vor dem 11. September ganz oben auf der Liste der militärisch zu unterwerfenden Länder stand.

In der Tat planten die Falken um Bush-Junior bereits einen neuen Krieg gegen Irak, lange bevor sie im Januar 2001 die US-Regierung übernahmen. Das geht aus einem Strategiepapier mit dem Titel: *Rebuilding America's Defences: Strategies, Forces And Resources For A New Century* (Der Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigung, Strategien, Streitkräfte und Ressourcen für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert) hervor, das unter Leitung von Dick Cheney, (heute US-Vizepräsident) und Mithilfe von Donald Rumsfeld (heute Verteidigungsminister), Paul Wolfowitz (heute Stellvertreter von Rumsfeld), Lewis Libby (Cheneys Stabschef) und Bushs jüngerem Bruder Jeb angefertigt wurde. „Die Vereinigten Staaten“, so ist zum Beispiel in dem Bericht zu lesen, „haben sich seit Jahrzehnten darum bemüht, in der Golf-Region eine permanentere Sicherheitsrolle zu spielen. Während der ungelöste Konflikt mit Irak dafür eine direkte Rechtfertigung bietet, geht die Notwendigkeit einer bedeutenden amerikanischen Militärpräsenz im Golf weit über die Angelegenheit des Saddam-Hussein-Regimes hinaus.“<sup>3</sup> Hier wird bereits vor der Machtübernahme in Washington im Januar 2001 die Absicht der führenden Köpfe der Bush-Regierung deutlich, einen Krieg gegen Irak als Rechtfertigung für eine verstärkte US-Militärpräsenz im Persischen Golf zu nutzen.

Unmittelbar nach dem 11. September glaubte Washington seine Kriegsvorbereitungen gegen Irak im Rahmen des „globalen und permanenten Krieges gegen den Terror“ ohne Probleme rechtfertigen zu können. Flugs wurde im Pentagon die Mär von einer Zusammenarbeit Saddam Husseins mit Osama bin Ladens al Qaida gesponnen. Dass beide tödlich verfeindet waren und sind, schien keine Rolle zu spielen. Da die NATO-Verbündeten im Rahmen von Artikel 5 der NATO-Charta ihre Beistandspflicht „gegen den internationalen Terrorismus“ bereits akzeptiert hatten, wäre es für Washington die eleganteste Lösung gewesen, wenn man Saddam Hussein irgendwie mit den Terroranschlägen des 11. September hätte in Verbindung bringen können. Denn dann hätte für Irak gegolten, was bereits für Afghanistan der Fall ist, wo der Krieg außerhalb der UNO im Rahmen der NATO gemeinsam mit anderen europäischen Ländern geführt wird.

## FALSCHER SPUREN

Kern der US-amerikanischen Behauptung über eine Verwicklung Iraks in die Terroranschläge des 11. Septembers war ein angeblich von der tschechischen Spionageabwehr beobachtetes Treffen in Prag zwischen Mohammed Atta, dem angeblichen Anführer der Selbstmordattentäter, der zu der Zeit noch als Student in Hamburg residierte, und dem an der irakischen Botschaft in Prag in mittlerer Funktion tätigen Geheimdienstoffizier Ahmed Khalil Ibrahim Samir al-Ani nur wenige Wochen vor den Terroranschlägen.

Wegen der weitreichenden Implikationen eines solchen Treffens zwischen al Qaida und einem irakischen Botschaftsangehörigen – wenn es denn stattgefunden hätte – ist davon auszugehen, dass die europäischen Nachrichtendienste bei der Überprüfung der US-Behauptung mit besonderer Sorgfalt vorgegangen sind. Mit dem Ergebnis, dass sie den USA widersprachen. Dabei wurden sie von entsprechenden Vertretern der tschechischen Spionageabwehr unterstützt. Aber trotz dieser öffentlich geäußerten Dementis der tschechischen Spionageabwehr ließ Donald Rumsfeld nicht locker und versteifte sich auf die angeblich gegenteiligen Erkenntnisse seines militärischen Geheimdienstes DIA (Defense Intelligence Agency), dass dieses Treffen in Prag doch stattgefunden habe und vom tschechischen Geheimdienst beobachtet worden sei. Erst als der tschechische Präsident Vaclav Havel – sicherlich nicht ohne Anstoß seiner westeuropäischen NATO-Partner – sich mit Nachdruck eingeschaltet hatte, um die Sache auf höchster politischer Ebene zu dementieren, wurde es im Pentagon in Bezug auf das ominöse „Treffen von Prag“ still.

In dieser Zeit waren auch innerhalb der amerikanischen Regierung starke Richtungskämpfe über die Art und Weise, wie der permanente „Krieg gegen den Terror“ weiter zu führen sei, deutlich geworden. Dabei spielte die CIA, die mit dem Chef des Außenministeriums, dem Ex-General Colin Powell gegen die Rumsfeld-Linie des Pentagon zusammenarbeitete, der *New York Times* Ergebnisse ihrer internen Einschätzungen zu, so dass anschließend

in der Zeitung zu lesen war: „Die CIA hat keinerlei Beweise dafür, dass Irak seit nunmehr fast einem Jahrzehnt irgendwelche terroristische Operationen gegen die Vereinigten Staaten unternommen hat. Nach Aussage mehrerer, in dem amerikanischen Nachrichtendienst tätigen Beamten ist die Agency (CIA) außerdem zu der Überzeugung gelangt, dass Präsident Saddam Hussein keine chemischen oder biologischen Waffen weder an die al Qaida noch an sonstige terroristische Gruppierungen gegeben hat.“<sup>4</sup>

Da die Falken um Rumsfeld offensichtlich schon frühzeitig mit möglichen Schwierigkeiten bezüglich des „Prager Treffens“ gerechnet hatten, bauten sie parallel dazu eine andere Linie zur Rechtfertigung des längst geplanten Kriegs gegen Irak auf: In seiner Rede zur Lage der Nation am 15. Januar 2002 erfand Präsident George W. Bush kurzerhand die „Achse des Bösen“, die sich aus Irak, Iran und Nordkorea zusammensetzt, weil sie angeblich entweder Massenvernichtungswaffen besitzen oder im Begriff sind, solche zu entwickeln. Dies – so behauptete Bush – stelle eine unannehmbare Bedrohung der USA dar. – Offensichtlich befürchten die USA, dass die als Schurkenstaaten designierten Länder die weltweite, militärische Interventionsfähigkeit der Großmacht beeinträchtigen könnten, wenn sie in den Besitz solcher Waffen kommen. Daher verabschiedete Präsident Bush im zweiten Halbjahr 2002 kurzerhand eine neue Sicherheitsdoktrin, in deren Rahmen die USA sich das Recht herausnehmen, einen Präventivkrieg zu führen, gegen jedes Land, das solche Waffen hat oder entwickelt oder von dem sich die USA bedroht fühlen.

Im Juni 2002 hat der Staatssekretär im US-Außenministerium, John Bolton, in seiner Rede vor der erzkonservativen, „Heritage Foundation“ in Washington die Liste der in der „Achse des Bösen“ zusammengefassten Länder um Syrien, Libyen und insbesondere Kuba, dem Bolton die Entwicklung von Biowaffen unterstellte, erweitert.<sup>5</sup> Hier werden bereits argumentative Plattformen zur Rechtfertigung zukünftiger US-Interventionen in Form von Präventivkriegen geschaffen. Diese Strategie wurde bereits 1992 unter der ersten Bush-Regierung von den gleichen

Falken, die heute in der zweiten Bush-Administration diese Pläne umsetzen, als offizielle US-Politik formuliert.

## IMPERIALISMUS OHNE MASKE

Im Februar 1992 hieß es in den von Paul D. Wolfowitz, heute stellvertretender US-Verteidigungsminister und damals Staatssekretär des Pentagon für Verteidigungspolitik, sowie I. Lewis Libby, heute Sicherheitsberater des Vizepräsidenten Dick Cheney, redigierten „Richtlinien zur Verteidigungsplanung“ (Defence Planning Guidance, DPG): „Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Ordnung wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie. Dies erfordert, dass wir jegliche feindliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter ihrer direkten Kontrolle ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.“ Umgesetzt in die praktische Politik bedeutet dies: „die hochentwickelten Industrieländer von jedem Versuch abzuhalten, unsere Führungsrolle in Frage zu stellen oder die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung umzustürzen“ und „Mechanismen zu erhalten, die möglichen Konkurrenten alle Hoffnung auf eine größere regionale oder globale Rolle nehmen“.<sup>6</sup>

Obwohl die „Demokratische Partei“, die sich zu dieser Zeit in Washington in der Rolle der Opposition befand, damals die DPG der ersten Bush-Regierung aufs schärfste kritisierte, hatte anschließend die Clinton-Administration im Rahmen ihrer „Überprüfung der US-Verteidigungsstrategie“ von 1993 (Bottom-Up-Review) alle wesentlichen Merkmale dieser Strategie übernommen. Im Bericht zur „Vierjährigen Verteidigungsüberwachung“ (Quadrennial Defence Review), die 1997 von Bill Clintons Verteidigungsminister William Cohen erstellt wurde, gilt es als „unerlässlich, dass sich die Vereinigten Staaten in den nächsten 15 bis 20 Jahren weiter in der Welt engagieren und dass sie ihre militärische Über-

legenheit über gegenwärtige oder potentielle Rivalen bewahren. Denn wenn sich die USA zurückziehen würden, würde die Welt ein noch gefährlicherer Ost werden“.<sup>7</sup>

„Wenn sich die USA wirklich von irakischen Massenvernichtungswaffen bedroht fühlen, wäre das Land schon längst ausradiert“, erklärte Scott Ritter Ende letzten Jahres in den deutschen ARD-Nachrichten. Der ehemalige Oberst der US-Marines und Leiter eines Teams von UN-Waffeninspektoren im Irak bis 1998 behauptet, dass inzwischen von Irak keine Bedrohung mehr ausgeht. Die Bush-Regierung benutze dies nur als Vorwand für einen Krieg. Angesichts der bisherigen Opfer der hauptsächlich von den USA betriebenen Sanktionen, die nach offiziellen UNO-Schätzungen bereits 1,5 Millionen Tote (hauptsächlich Kinder und Alte und Schwache) gefordert haben, kann es der US-Regierung auch unmöglich um die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechte im Irak gehen. Stattdessen geht es den Falken in der Bush-Regierung offensichtlich um die Umsetzung ihrer neuen Strategie zur Festigung des US-amerikanischen Hegemonialanspruches, um die Verwirklichung des „American Century“, des Amerikanischen Jahrhunderts, wie man in Washington das 21. Jahrhundert bereits bezeichnet.

In der Tat geht es um die Durchsetzung der „indispensable nation“, der „unersetzbaren Nation“ USA, wie die Außenministerin Bill Clintons, Madeleine Albright triumphierte, denn ohne amerikanisches Kapital, ohne amerikanische Politik soll sich die Welt nicht mehr drehen und in ihr nichts mehr gehen. Der Sicherheitsberater der ersten Bush-Regierung, der Ex-General Brent Scowcroft, unterstrich diese Zusammenhänge wie folgt: „Dies ist eine Welt, in der der Kapitalismus gedeihen kann. Seitdem die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht sind, sind Globalisierung und amerikanische Macht zu einem Synonym geworden.“<sup>8</sup> Stellt sich ein Land der von den USA getriebenen Globalisierung in den Weg, dann bekommt es die ungeheure Macht des amerikanischen Militärs zu spüren, wie zuletzt Jugoslawien, das sich auch nicht freiwillig der neuen Weltordnung, dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und der Finanzkonzerne unterworfen hatte.

## DIE KAMPFBOMBER DER FREIEN MARKTWIRTSCHAFT

Der renommierte Kommentator Thomas L. Friedmann schrieb am Tag, an dem die NATO unter US-Führung ihren Angriffskrieg gegen Jugoslawien begann, in der *New York Times*: „Damit die Globalisierung funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht zu handeln, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes (Anspielung an den Propheten des Kapitalismus, Adam Smith, dass der freie und unkontrollierte kapitalistische Markt auf unsichtbare Weise alles ordnet und zum Besten regelt) wird nie ohne den F-15-Konstrukteur McDonnell-Douglas (der Kampffjets baut) funktionieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Welt für McDonalds-Filialen und Silicon-Valley-Technologien sicher ist, heißt US-Army, Navy, Air Force und Marine Corps.“<sup>9</sup>

Die von den USA auf allen Gebieten angestrebte „full dominance“ (absolute Dominanz) über alle Länder und Allianzen der Welt setzt als wesentliche Bedingung die Kontrolle über die bedeutendsten Öl- und Gas-Lagerstätten der Welt voraus. Nur die Möglichkeit, diese wichtigsten Energieträger entweder selbst zu nutzen oder anderen zu verweigern, sichert der US-Regierung auf Dauer die Macht, dem Rest der Welt mit ökonomischem oder militärischem Druck die Bedingungen der neoliberalen Globalisierung aufzuzwingen.

Hier sei auf einen richtungsweisenden Aufsatz von David Tucker vom Sommer 1998 in *Parameters*, der Zeitschrift der renommierten Carlisle-Offiziersschule, verwiesen. Tucker war damals im US-Verteidigungsministerium der zuständige Direktor für „Sonderoperationen und Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle“. In *Parameters* kritisierte er zuerst die Verzettlung der amerikanischen Streitkräfte durch die Einmischung in viele kleine Konflikte unter Präsident Clinton. Ganz im Sinne der kommenden Bush-Regierung argumentierte er, dass es für die USA nur eine einzige Region gebe, für die es sich wirklich lohne zu kämpfen, nämlich

»das Gebiet vom Persischen Golf nördlich bis zum Kaspischen Meer und östlich bis nach Zentralasien«. Tucker fährt fort: „Dies ist eine sehr bedeutende Region (ungefähr von der Größe der USA), die etwa 75% der Weltölreserven und 33% der Erdgasreserven beherbergt.“<sup>10</sup> Die Kontrolle dieser Ressourcen bedeutet entweder die eigene Nutzung oder aber die Verweigerung der Nutzung durch andere. Um letzteres geht es derzeit hauptsächlich rund um das Kaspische Meer, wo die USA die Kontrolle der dortigen Energiereserven durch mögliche Konkurrenten wie China und Russland verhindern wollen.

Und da fast alle führenden Köpfe der Bush-Regierung aus der Petroleum-Branche kommen, ist ihnen die Vorstellung, das irakische Öl für die amerikanischen Konzerne zu „befreien“, sicherlich besonders angenehm. Die Anwendung militärischer Gewalt ist dabei lediglich längst akzeptiertes Mittel zum Zweck. Selbst FAZ.NET, das elektronische Sprachrohr der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Internet, erklärte bereits am 16. September 2002: „Beim diskutierten Angriff auf den Irak geht es nicht nur um den Sturz eines Unrechtsregimes, sondern auch um die Zukunft der amerikanischen Energieversorgung.“ Erstaunlicher Weise ist seither diese Feststellung in der deutschen Öffentlichkeit, die zunehmend kritisch der Bush-Regierung gegenübersteht, zum Allgemeinwissen geworden. Allerdings wird meist verkannt, dass es Washington nicht nur um das irakische Öl geht, sondern um das Öl der ganzen Region.

## AMERIKANISCHE MARKTDEMOKRATIE - KEIN „PROBLEM MIT KRIEG FÜR ÖL“

Nach Vorstellungen von US-Vizepräsident Cheney soll der US-Krieg gegen Irak ein entscheidender Schritt in Richtung einer – aus US-Sicht – dringend notwendigen Neuordnung der islamischen Länder des Mittleren Ostens werden und zugleich die Lösung des Palästinakonfliktes dadurch näher bringen, indem in den islamischen Ländern die Unterstützung für die Palästinenser

ausgetrocknet würde. Daher möchte US-Vize-Präsident Cheney den Krieg als „Plattform für umfassende Reformen in der ganzen Region“ nutzen.<sup>11</sup> Von dem „Regimewechsel“ in Bagdad verspricht sich Cheney „eine allmählich ausbreitende heilsame Wirkung auf die anderen Golfstaaten“ in Richtung einer „offeneren und demokratischeren Gesellschaft“. Zugleich zirkulierte im US-Kongress bereits ein Resolutionsentwurf, der die Bush-Administration dazu aufforderte, nicht prioritär den Irak zu bekämpfen, sondern sich dem Iran als Hauptfeind zuzuwenden. Mit Iran und Irak aber wollen sich die Falken in Washington nicht begnügen. Richard Perle, der bekannte und einflussreiche Berater des Pentagon und des US-Präsidenten Bush, hatte im Herbst letzten Jahres in einem Interview mit der Sendung „Diplomatic Immunity“ des kanadischen Fernsehsenders *TV-Ontario* Klartext gesprochen. Er sagte, die US-Regierung sei darauf vorbereitet, außer „Irak auch Iran, Syrien und Libanon militärisch anzugreifen“.

Daran möchten sich offensichtlich auch die Briten beteiligen. Vor insgesamt 150 britischen Botschaftern, erklärte Außenminister Jack Straw zu Beginn des Jahres in London, dass die Versorgungssicherheit mit Öl derzeit vor allen anderen Zielsetzungen in der britischen Außenpolitik die höchste Priorität genießt.<sup>12</sup> Da zur Rechtfertigung des Krieges gegen Irak bisher weder eine Verbindung zu al Qaida nachgewiesen werden konnte und die UN-Waffeninspektoren auch keinerlei Beweise für die Existenz verbotener Massenvernichtungswaffen gefunden haben, bemüht sich der bereits erwähnte Thomas L. Friedman in der *New York Times* um eine Rechtfertigung des Raubkrieges indem er die Habgier zur Tugend erhebt. Der Krieg gegen Irak sei auch dann gerechtfertigt, schreibt Friedman, wenn dadurch ein „böser und größenwahnsinniger Diktator“ davon abgehalten wird, die Kontrolle über das Öl zu bekommen.<sup>13</sup> Dass es im Krieg gegen Irak zumindest „teilweise um Öl geht“ steht für ihn außer Zweifel, „denn es ist unmöglich, das Verhalten der Bush-Regierung anders zu erklären“. Daran findet Friedman jedoch nichts auszusetzen. Denn wenn die Vereinigten Staaten Krieg führen, um die „Interessen der Welt“, namentlich „den Zugang zu Öl und anderen Energie-

quellen“, zu sichern, dann ist das „moralisch gerechtfertigt“. Daher gesteht Friedman, er habe „kein Problem mit einem Krieg für Öl“.<sup>14</sup>

- 1 - Siehe dazu auch: <http://ist.socrates.berkeley.edu/~pdscott/qf911.html>
- 2 - Washington Post, 12.1.2003
- 3 - See Scottish weekly Sunday Herald on Sept. 15, 2002
- 4 - „Terror Acts by Baghdad Have Waned, U.S. Aides Say“, By JAMES RISEN, NYT, February 6, 2002
- 5 - „US expands 'axis of evil'“, BBC, Monday, 6 May, 2002, 22:40 GMT 23:40 UK
- 6 - New York Times vom 8.3.92
- 7 - Quadrennial Defence Review, QDR 1997, United States Department of Defence, May 1997
- 8 - „Developing Defence Strategy for a Changing World“, Scowcroft, Brent, in Hornberger/Kern, National Strategies S.83
- 9 - NYT, 28.3.1999
- 10 - „Parameters“, - die auf sicherheitspolitische Themen spezialisierten Revue der US-amerikanischen Kriegsuniversität, „US-War-College“, Ausgabe Sommer 1998, Seiten 69-79
- 11 - „US would keep troops in Iraq to aid reform“, From Roland Watson in Washington The Times (UK), July 18, 2002
- 12 - „Straw admits oil is key priority“, Ewen MacAskill, diplomatic editor, The Guardian, Tuesday January 7, 2003
- 13 - „A War for Oil?“, Thomas L. Friedman, NYT, column, Jan. 5, 2002
- 14 - ebenda